



Innenausschuss

25. Sitzung (öffentlich)

22. September 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 19:10 Uhr

Vorsitz: Monika Düker (GRÜNE)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss kommt überein, wegen noch bestehenden Gesprächsbedarfs der Innen- und Verkehrspolitiker und -politikerinnen der Fraktionen den in der Tagesordnung unter Nummer 1 vorgesehenen Punkt

Initiative der Bundesregierung zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes unterstützen – Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdienste des Technischen Hilfswerks und der sonstigen Einheiten des Katastrophenschutzes sichern

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1073
Ausschussprotokoll 15/245
heute nicht zu behandeln.

Der Ausschuss kommt ferner überein, wegen ebenfalls noch bestehenden Gesprächsbedarfs zwischen den Fraktionen den in der Tagesordnung unter Nummer 2 vorgesehenen Punkt

Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren

Gesetzentwurf

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/1312

Ausschussprotokoll 15/228

heute nicht zu behandeln.

Der Ausschuss kommt außerdem überein, gleichfalls wegen noch bestehenden Gesprächsbedarfs zwischen den Fraktionen den in der Tagesordnung unter Nummer 7 vorgesehenen Punkt

NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt

Antrag

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/1196

Ausschussprotokoll 15/207

heute nicht zu behandeln.

Der Ausschuss folgt sodann der Bitte des Innenministers, der die Sitzung vorzeitig verlassen muss, die Tagesordnungspunkte mit den Nummern 9 – „Einsatz der Polizei aus Anlass demonstrativer Aktionen in Dortmund am 3. September 2011“ – und 12 – „Ermittlungen wegen Kindesmissbrauchs in Dortmund durch einen bereits zuvor als rückfallgefährdet bekannten Sexualstraftäter“- als Nummern 1 und 2 zu behandeln.

- 1 Aktuelle Viertelstunde** (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage) (s. a. Drucksache 15/2872) **9**
- hier: **Geheime Absprachen des NRW-Innenministeriums mit dem Love-Parade-Versicherer hinter dem Rücken der Opfer?** **9**
- Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales
 - Diskussion

- 2 Einsatz der Polizei aus Anlass demonstrativer Aktionen in Dortmund am 3. September 2011** (TOP beantragt vom Minister für Inneres und Kommunales; s. Anlage 1) (Fragen von der Fraktion Die Linke; s. Anlagen 2 und 3) (Bericht des MIK; s. Anlage 4) **23**
- Bericht des Ministers für Inneres und Kommunales
 - Bericht des Inspektors der Polizei
 - Diskussion
- 3 Ermittlungen wegen Kindesmissbrauchs in Dortmund durch einen bereits zuvor als rückfallgefährdet bekannten Sexualstraftäter** (TOP beantragt vom Minister für Inneres und Kommunales; s. Anlage) **74**
- Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales
 - Diskussion
- 4 Viertes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristung im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie des Justizministeriums** **78**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2325
- Der Ausschuss billigt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Linken bei Enthaltung der Fraktion der FDP.
- 5 Abzug deutscher (NRW-)Polizist/innen aus Afghanistan** **79**
- Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/846 – Neudruck
- Ausschussprotokoll 15/225 (über das Sachverständigengespräch am 9. Juni 2011)
- Diskussion
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke ab.

6 Sicherheit in Bussen, Bahnen und an Haltestellen in Nordrhein-Westfalen verbessern 82

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1200

(s. a. APr. 15/202)

– abschließende Beratung und Abstimmung –

– Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linken bei Enthaltung der Fraktion der CDU und Zustimmung der Fraktion der FDP ab.

7 Roma und Sinti als Opfergruppe anerkennen – Kontingentregelung schaffen 83

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1490

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1643

– Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 15/1490 mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke ab.

Mit demselben Stimmenergebnis lehnt der Ausschuss auch den Entschließungsantrag Drucksache 15/1643 ab.

8 Einsatz von Pfefferspray gegen Menschen verbieten 87

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2354

Der Ausschuss folgt einvernehmlich dem Wunsch der antragstellenden Fraktion, ein Sachverständigengespräch durchzuführen, und kommt überein, sich über Umfang, Termin etc. in der Oblegerunde zu verständigen.

- 9 Brandanschlag auf ein Wohnhaus einer Roma-Familie in Leverkusen am 25. Juli 2011** (TOP beantragt von der Fraktion Die Linke; s. Vorlage 15/875) **88**

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, den Bericht schriftlich entgegenzunehmen.

- 10 Neuer Sender stört Polizei- und Feuerwehrfunk** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage) (s. a. Vorlage 15/876) **89**

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, den Bericht schriftlich entgegenzunehmen.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss kommt überein, wegen noch bestehenden Gesprächsbedarfs der Innen- und Verkehrspolitiker und -politikerinnen der Fraktionen den in der Tagesordnung unter Nummer 1 vorgesehenen Punkt

Initiative der Bundesregierung zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes unterstützen – Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdienste des Technischen Hilfswerks und der sonstigen Einheiten des Katastrophenschutzes sichern

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1073
Ausschussprotokoll 15/245

heute nicht zu behandeln.

Der Ausschuss kommt ferner überein, wegen ebenfalls noch bestehenden Gesprächsbedarfs zwischen den Fraktionen den in der Tagesordnung unter Nummer 2 vorgesehenen Punkt

Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1312
Ausschussprotokoll 15/228

heute nicht zu behandeln.

Der Ausschuss kommt als Letztes überein, gleichfalls wegen noch bestehenden Gesprächsbedarfs zwischen den Fraktionen den in der Tagesordnung unter Nummer 7 vorgesehenen Punkt

NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1196
Ausschussprotokoll 15/207

heute nicht zu behandeln.

Der Ausschuss folgt der Bitte des Innenministers, der die Sitzung vorzeitig verlassen muss, die Tagesordnungspunkte mit den Nummern 9 – „Einsatz der Polizei aus Anlass demonstrativer Aktionen in Dortmund am 3. September 2011“ – und 12 – „Ermittlungen wegen Kindesmissbrauchs in Dortmund durch einen bereits zuvor als rückfallgefährdet bekannten Sexualstraftäter“- als Nummern 1 und 2 zu behandeln.